

Die Kommunistische Partei Chinas: Wie läuft ein Parteikongress?

Li Ling

Nr. 15/2022

Darum geht's

China ist in Europa bekannt und oftmals bewundert für seine Fähigkeit, Institutionen zu bilden, welche seit seiner ersten Reichseinigung im Jahr 221 v.u.Z. ein großes Territorium und eine vergleichsweise große Bevölkerung über einen langen Zeitraum hinweg regieren konnten. Die KPCh steht in dieser Tradition, und auch wenn man gerne davon spricht, dass informelles politisches Handeln wichtiger ist als das institutionengelenkte formelle, zeigt gerade die Vorbereitung auf und Durchführung des Parteitages, mit welcher Macht formelle Regeln zur Anwendung kommen. Dabei ist die Partei – in China oft kurz „die Organisation“ genannt – nicht nur ein Instrument, das die Beziehungen zwischen Herrscher und Beherrschten regelt, sie ist zugleich auch der Ort, an dem sich die Eliten versammeln und ihren Wettstreit untereinander austragen.

Die Faktenlage

- Wenn die 2.300 Delegierten am 16. Oktober 2022 zum 20. Parteitag zusammentreffen, werden sie die wichtigste Aufgabe zu erledigen haben, die für den Parteitag vorgesehen ist: Sie wählen das Zentralkomitee der KPCh. Nach dem Parteitag wird dann das Zentralkomitee zusammentreffen, um das aus wahrscheinlich 25 Mitgliedern bestehende Politbüro und den Ständigen Ausschuss (bisher 7 Mitglieder) sowie den Generalsekretär zu wählen.
- Alle Wahlen durchlaufen zwei Stufen: die Nominierung und die Wahl selbst. Interessanterweise findet in der Phase vor der Nominierung ein heftiger Wettbewerb statt. Das gilt für die Nominierung von Delegierten genauso wie für die Nominierung von Mitgliedern der Parteigremien. Das Ergebnis des Wettbewerbs ist die Nominierung, die so gestaltet ist, dass die Leitung des Parteitages darauf setzen kann, dass alles so läuft wie geplant. Damit nichts aus dem Ruder läuft, sind verschiedene Mechanismen während der Parteitags vorgesehen, so z.B. dass Diskussionen nur zwischen Delegierten aus einer Provinz bzw. aus dem Militär oder aus Staatsbetrieben zulässig sind. Wahlen werden womöglich erst einmal auf Probe durchgeführt und Delegierte von der Parteitagsleitung auch zu so genannten Gesprächen eingeladen.
- Je weiter oben im System, desto angestrenzter ist der Wettbewerb vor den Nominierungen. Zum Beispiel geht es darum, wieviele der bisherigen ca. 200 Mitglieder des Zentralkomitees auch im nächsten ZK sitzen werden und wer von den Neankömmlingen eine Chance hat. Für den Parteivorsitz kandidieren nie mehrere Personen. Das beinhaltet, dass alle möglichen Kämpfe um den Parteivorsitz vor dem Parteikongress und vor der Nominierung stattfinden müssen und auch normalerweise stattfinden, vor

allem wenn ein Wechsel in der Führungsspitze vorgesehen ist. Der Haupttrivale Xi Jinpings, Bo Xilai, wurde ausgeschaltet, bevor Xi auf dem 18. Parteitag nominiert und zum ersten Mal in das Amt des Generalsekretärs gewählt wurde.

- Bei dem Wettbewerb um Positionen werden nie politische Themen zum Kriterium der Auswahl gemacht. Die Person wird vielmehr daran gemessen, ob sie sich für die Partei eingesetzt, ob sie sich moralisch angemessen verhalten hat und ob sie von ihrer jeweiligen Umgebung als Kandidat akzeptiert wird. Diese eher moralischen Kriterien gelten insbesondere für die Delegierten.
- Der Parteitag hört den Bericht des Generalsekretärs, der auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees vor Beginn des Parteitags verabschiedet wird. Dieser Bericht enthält alle Grundpfeiler der Parteipolitik der nächsten Jahre, kann aber nicht radikal von den politischen Leitlinien der vergangenen Periode abweichen, weil ja jene Gremienmitglieder, die auf dem letzten Parteitag gewählt wurden, über sie entscheiden.

Von besonderer Relevanz ist:

- Die eigentlich interessante Frage ist: Wer hat das Recht und die Möglichkeit, jene Kandidaten zu nominieren, die letztlich auch gewählt werden sollen? Die gesamte Vorbereitung des Parteitags wird einem Gremium übergeben, das vom Zentrum aus die Nominierungsprozeduren überwacht und Parteitagspräsidium genannt wird. Das Gremium an der Parteitagsspitze, dem auf jeden Fall alle Mitglieder des Politbüros angehören und dessen Größe interessanterweise nicht festgelegt ist, überwacht dabei den gesamten Parteitag, während es – wie wir mit einiger Sicherheit zu wissen meinen – Vorgaben in die unteren Ebenen der Partei

hinunter gibt, die nach dem Vorbild von und in Übereinstimmung mit dem Parteitagspräsidium aus der Liste der nominierten Kandidaten jene auswählen, die dann letztlich auch gewählt werden (sollen). Auf die Weise wird zwar einerseits ein Wettbewerb um die Nominierung als Delegierte oder Delegierter zugelassen, die Wahl findet aber erst statt, wenn eine Liste von jenen Gremien erstellt wurde, welche an den Parteitagsvorbereitungen unter Führung des Parteitagspräsidiums beteiligt sind. Auf die Weise, so heißt es im Parteijargon, wird die „Einheit“ der Partei sichergestellt.

- Die Führungsgremien der KPCh kämpfen seit den siebziger Jahren gegen die Tendenz, sich zur Gerontokratie zu entwickeln. Deng Xiaoping hat zu dem Zwecke eine zentrales Beratungsgremium geschaffen, in dem sich die lebenden und politisch aktiven Führer der Partei, die ursprünglich zum Ständigen Ausschuss gehörten und die keine gewählte Position mehr innehaben, versammeln und auf die Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. 1992 wurde dieses Gremium abgeschafft, und seit 1997 haben die alten Herren die Möglichkeit, ihren Einfluss auf die Zusammensetzung des Parteitags auszuüben, wieder zurückgewonnen, indem sie in das Parteitagsgeschäft integriert werden. Da hier die wichtigsten Personalentscheidungen getroffen werden, ist die Zugehörigkeit zur Parteitagsgeschäft von großer Bedeutung. Diese Maßnahme hat dazu geführt, dass inzwischen eine Altersregelung für Mitglieder des Ständigen Ausschusses gefunden wurde, die normalerweise mit „sieben rauf – acht runter“ abgekürzt wird. Mitglieder des Ständigen Ausschusses dürfen bei der Wahl nicht älter als 67 Jahre sein und dürfen sich nicht mehr zur Wahl stellen, wenn sie 68 oder älter sind.

- Während den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses de facto eine lebenslange Stellung in der Parteispitze eingeräumt wird, ist das bei den Mitgliedern des Politbüros nicht der Fall. Diese können durchaus ihre Position im Rahmen der Wahlen auf dem Parteitag verlieren. Drei Mitglieder des Politbüros wurden so auf dem 19. Parteitag 2017 nicht mehr in das Politbüro gewählt, obwohl ihr Alter dies zugelassen hätte. Nur der Generalsekretär scheint von Altersbeschränkungen ausgenommen zu sein. Jiang Zemin, der in den 90er Jahren Generalsekretär der Partei war, stellte sein Amt erst im Alter von 76 Jahren zur Verfügung; sein Nachfolger Hu Jintao im Alter von 69. Die Frage der bevorstehenden Wiederwahl Xi Jinpings hat demnach nichts mit seinem Alter zu tun.

So sehe ich das:

International wird Xi Jinping als ein Autokrat gehandelt, der sich nicht an Regeln hält. Dabei wird insbesondere darauf verwiesen, dass er die Regel, wonach der Präsident der Volksrepublik China nicht länger als zwei Legislaturperioden regieren darf, durch Änderung der Verfassung im Jahr 2018 zu Fall brachte. Auch halte er sich nicht an die informelle Regel, wonach der amtierende Parteiführer vor dem Parteitag, selbst wenn er wiedergewählt wird, seinen Nachfolger bekanntzugeben habe. Schließlich wird auch

auf seine Säuberung der Partei hingewiesen, die manch ein Mitglied der Partielite in Angst und Schrecken versetzt. Doch ist diese Einschätzung falsch und basiert größtenteils auf Mißachtung bzw. Unkenntnis der Regeln, die für innerparteiliche Procedere gelten. In der China-Forschung ging man allenthalben davon aus, dass die Partei sich nicht an ihre eigenen Regeln hält und man sich deshalb darauf konzentrieren müsse, die informellen Prozesse zu verstehen.

Der Grund für diese Abneigung gegen die Auseinandersetzung mit den institutionalisierten Regeln des innerparteilichen Procederes ist ein ideologischer. Dieser besagt, dass Institutionalisierung immer gut ist, weshalb autoritäre Regimes an Institutionalisierung nicht interessiert sein können. Institutionen werden als Macht einschränkend wahrgenommen und dabei übersehen, dass sie eben auch dazu benutzt werden können, Macht zu festigen und den Austausch von Macht zu erschweren. Xi Jinping hat seine beiden letzten Amtszeiten dazu benutzt, die Regeln im Verhältnis von Partei und Staat zu institutionalisieren und im Sinne seines Machtanspruchs zu formen. Dass er auf dem 20. Parteitag den politischen Bericht verliest und zum Generalsekretär nominiert wurde, ist das Ergebnis eines weitgehend unbemerkt verlaufenen Institutionalisierungsprozesses, der unter ihm seinen bisherigen Höhepunkt erreicht hat.

Abb: Vorbereitungssitzung des Parteitags, 15.10.22, Quelle: Xinhua

